

50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

Berliner Erklärung bringt neuen Schwung für die EU

Angela Merkel kann gestärkt in die zweite Halbzeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gehen. Mit der Berliner Erklärung zum 50. Geburtstag der Römischen Verträge haben die EU-Staats- und Regierungschefs ein klares Bekenntnis zum Kern des Verfassungsvertrags abgelegt. "Frieden und Wohlstand sind die Früchte der jahrzehntelangen partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Europa darf stolz sein. Jetzt müssen wir die Chance ergreifen, die EU wieder neu in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern", sagten der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen (CDU) und Markus Ferber (CSU).

"Wenn wir uns durch den Reformkern des Verfassungsvertrags im Inneren besser organisieren, dann kann Europa zügiger entscheiden und schneller handeln. Das muss bis zu den Europawahlen 2009 unter Dach und Fach sein. Angela Merkels beispielhaftes und erfolgreiches Engagement unterstützen wir uneingeschränkt", so die beiden Unionsabgeordneten.

Neben der Sicherung von Frieden und Wohlstand in Europa hat die Europäische Uni-



Die Unterzeichner der „Berliner Erklärung“: EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, EP-Präsident Hans-Gert Pöttering (links), EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (rechts).

on mit dem Binnenmarkt und der Währungsunion zwei weltweit einzigartige Erfolgsprojekte aufzuweisen. "Viele andere Kontinente eifern unserem Beispiel nach. Diese Vorreiterrolle darf Europa nicht

verlieren. Die Staats- und Regierungschefs haben unter Führung Angela Merkels beim Klimaschutz ehrgeizige Ziele verabschiedet. Nun darf Europa die Erwartungen der Menschen nicht enttäuschen und

muss auch andere Wirtschaftsräume der Erde mit ins Boot nehmen. Nur ein weltweites Vorgehen bringt langfristig Erfolg", sagten Langen und Ferber.

Die vollständigen Reden finden Sie unter:

Rede Merkel:
<http://www.cducsu.eu/content/view/2914/32/>

WEITER →

Rede Pöttering:
<http://www.cducsu.eu/content/view/2916/32/>

WEITER →

Rede Barroso:
<http://www.cducsu.eu/content/view/2915/32/>

WEITER →

Die Berliner Erklärung

Erklärung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Berlin: 25. März 2007

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

Den vollständigen Text der „Berliner Erklärung“ finden Sie unter:
<http://www.cducsu.eu/content/view/2912/32/>

WEITER →

Europäisches Parlament will niedrigere, nicht höhere Roaming-Tarife

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, hat die vom EU-Fachministerrat in Hannover erzielte Übereinkunft begrüßt, nach der Inlands- und Auslandstarife bei Mobilfunkgesprächen zukünftig angeglichen werden sollen: „Das Europäische Parlament hat seit langem massiv auf eine spürbare Absenkung der Roaming-Gebühren bei Auslandsgesprächen gedrängt. Die jetzt geplanten Höchstgrenzen bei den Mobilfunktarifen können daher nur eine vorübergehende Lösung sein. Das Parlament strebt deshalb eine dauerhafte Angleichung der Mobilfunktarife für Inlands- und Auslandsgespräche an“.

Langen sagte weiter, das Europäische Parlament werde den vorliegenden Kommissi-



Die Kommissarin Viviane Reding, der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im EP Werner Langen (mitte) und der Co-Vorsitzende Markus Ferber (links) im Gespräch mit der CDU/CSU-Gruppe zum Thema Roaming.

onsvorschlag schnellstmöglich beraten und bereits im Mai darüber abstimmen. „Wie die Obergrenzen für die Tarife dann aussehen werden, ist noch nicht entschieden. Wir müssen

aber mittelfristig zu einer Absenkung der Gesprächskosten im Ausland kommen“, betonte der Gruppenvorsitzende.

Behauptungen aus der Kommission, das Europäische Par-

lament wolle höhere Mobilfunktarife als Kommission und Rat seien dagegen frei erfunden und entbehrten jeglicher Grundlage, weil dazu noch gar keine Parlamentsbeschlüsse vorliegen. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU können sich darauf verlassen, dass das Europäische Parlament bei der Schaffung eines Binnenmarkts mit niedrigeren Roaming-Gebühren auch im Mobilfunksektor an ihrer Seite steht“, so Langen abschließend.

Tipps zum Thema Roaming finden Sie auf folgenden Internetseiten der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_de.htm

WEITER →

MARKUS FERBER:

EU-Finanzhilfen für Palästinensergebiete müssen weiter an Bedingungen geknüpft bleiben

Eine gemischte Zwischenbilanz des EU-Förderprogramms für den Mittelmeerraum (MEDA) einschließlich der darin enthaltenen Finanzhilfen für Palästina hat der Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe, Markus Ferber, in Brüssel gezogen. Ferber, Mitglied im Haushaltskontrollausschuss sowie in der Israel-Delegation des Europäischen Parlaments sagte, der vorläufige internationale Mechanismus (TIM) für Palästina habe sich zwar bewährt, dürfe aber nicht zur Dauereinrichtung werden: „Dieser Mechanismus wurde im Sommer vergangenen Jahres wegen des eskalierenden Nahostkonflikts eingerichtet, um zumindest die humanitäre Versor-

gung der Palästinensergebiete sicherzustellen. Insgesamt wurden im abgelaufenen Haushaltsjahr mehr als 100 Millionen Euro EU-Hilfen über dieses Finanzinstrument zur Verfügung gestellt. Angesichts eines Gesamtumfangs der für die Entwicklung des Mittelmeerraums vorgesehenen Fördermittel in Höhe von mehreren Milliarden Euro ist dieser Betrag aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein“.

Ferber stellte klar, dass auch die neu gebildete palästinensische Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss von Fatah und Hamas noch immer nicht die drei Grundbedingungen für die volle Ausschöpfung der Palästina zustehenden EU-Hil-

fen erfüllt habe. Dazu gehörten die Anerkennung des Existenzrechts Israels, die Fortsetzung der Friedensgespräche für den Nahen Osten sowie die Ablehnung von Gewalt- und Terrormaßnahmen. „Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass ein drohender Bürgerkrieg mit der Bildung der neuen Regierung offenbar abgewendet werden konnte. Die TIM-Instrumente sind jedoch lediglich ein Notbehelf und können so nicht unbefristet fortgeführt und deshalb auch nicht immer weiter ausgebaut werden“, betonte der Vorsitzende.

Der CSU-Europaabgeordnete appellierte an die palästinensische Regierung, jetzt selbst die Voraussetzungen

dafür zu schaffen, damit die EU-Hilfen wieder vollständig fließen können. „Bisher hat die Europäische Union mehr als 2,3 Milliarden Euro für die Palästinensergebiete zur Verfügung gestellt. Die Feststellung des Rechnungshofs, dass dabei keine Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden konnten, reicht aber so nicht aus. Palästina muss vielmehr die oben genannten Bedingungen erst voll erfüllen, bevor es die vollständigen EU-Hilfen wieder beanspruchen kann.“

Das sollte nicht nur im Interesse der Regierenden, sondern vor allem auch der geschundenen Menschen selbst liegen“, so Ferber abschließend.

KURT-JOACHIM LAUK:

EP-Wirtschaftsausschuss fordert ausgeglichene Haushalte bis 2015

Mit überwältigender Mehrheit hat der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments den Bericht des CDU-Europaabgeordneten Kurt-Joachim Lauk zu den „Öffentlichen Finanzen in der Wirtschafts- und Währungsunion 2006“ angenommen. Der Berichterstatter stellt darin fest, dass in der Europäischen Union ein Rückgang des durchschnittlichen Haushaltsdefizits auf etwa 1,5 Prozent des BIP festgestellt werden könne. Auch die durchschnittliche Staatsverschuldung habe eine leichte Verringerung auf jetzt 68 Prozent des BIP zu verzeichnen. „Gleichzeitig zeichnet sich ein Absinken der Arbeitslosenquote in der Eurozone um fast einen Prozentpunkt auf dann 7,7 Prozent ab. Es besteht also ganz offensichtlich ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Indikatoren“, sagte Lauk in Brüssel.

Der EVP-Wirtschaftspolitiker stellte jedoch klar, dass die Konsolidierungsbemühungen in der Europäischen Union

unverändert weitergehen müssten. Dies entspreche auch dem Ziel des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts, der eine eindeutige Priorität für den Defizitabbau setze und insbesondere bei der Verringerung der strukturellen Haushaltsdefizite klare Vorgaben mache. Lauk erinnerte daran, dass ein reiner Defizitabbau allein nicht ausreiche, sondern mittelfristig angesichts wachsender finanzieller Risiken Haushaltsüberschüsse erreicht werden müssen. „Allein durch die demographische Entwicklung ist mit einem Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben auf bis zu 13 Prozent des BIP in einzelnen Mitgliedstaaten zu rechnen. Die dafür notwendigen Rücklagen müssen aber schon jetzt gebildet werden. Auch deshalb führt an einer Fortsetzung der Strukturreformen in den Mitgliedstaaten kein Weg vorbei, um die notwendige Vorsorge für zukünftige Konjunkturreinbrüche zu gewährleisten“, betonte der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg.

HARTMUT NASSAUER:

EU braucht neue Kultur der Subsidiarität bei Gesetzgebung

Bürgernähe muss auch in der EU-Gesetzgebung gelebt werden. Eine „neue Kultur der Subsidiarität“ fordert deshalb die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament von der Europäischen Kommission. „Die Kommission muss sich die Frage stellen, in welchem Umfang sie mit ihrer überregulierenden Gesetzgebung die Quelle von Unbehagen und Unmut über Europa ist“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hartmut Nassauer (CDU).

Als Beispiel für empfundene Gängelung aus Brüssel führte Nassauer die Anti-Raucherkampagne von Kommissar Kyprianou an. „Über ein Rauchverbot kann man dis-

kutieren. Das ist aber keine europäische Aufgabe. Um ein rauchfreies Europa zu schaffen, ist die EU nicht gegründet worden.“ Der CDU-Europaabgeordnete begrüßte die Initiative der Kommission für eine bessere Rechtsetzung. „Jetzt müssen Taten folgen. Wir wollen nicht nur 25 Prozent der EU-Gesetzgebung auf dem Prüfstand sehen, sondern auch wissen, wann und wie sie aufgehoben werden soll. Rechtsetzung ist dann ‘besser’, wenn sie die Grenzen der Subsidiarität penibel einhält und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten respektiert“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament.

■ Türkisch als EU-Amtssprache erst nach Lösung der Zypernfrage

Forderungen nach Einführung des Türkischen als offizielle EU-Amtssprache stoßen auf Widerstand bei den deutschen Unionsabgeordneten im Europäischen Parlament. „Das wäre voreilig und unangemessen“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Werner Langen, als Reaktion auf die jüngsten Forderungen der EP-Kontaktgruppe Nordzypern. „Zypern ist zwar Vollmitglied der EU, die international nicht anerkannte ‘Türkische Republik Nordzypern’ aber ist bis zu einer Lösung der Zypernfrage von der Anwendung des EU-Regelwerks ausgeschlossen. Das gilt insbesondere solange sich die Türkei weigert, das Ankara-Protokoll über die Öffnung der Häfen und Flughäfen für Verkehr aus Zypern umzusetzen und damit Zypern anzuerkennen“, so der CDU-Europaabgeordnete.

■ Weichen für eigenständigen Kosovo gestellt

Als wichtige Weichenstellung „für einen eigenständigen, selbstverwalteten Kosovo“ hat der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt die Abstimmung über den Lagendijk-Bericht zum künftigen Status der Krisenprovinz bezeichnet, der vom Auswärtigen Ausschuss des Straßburger Europaparlamentes mit großer Mehrheit angenommen wurde. Posselt, Berichterstatter der EVP-ED-Fraktion für dieses Thema, hob hervor, dass die Europaabgeordneten deutlich alle Anträge abgelehnt hätten, die von einer fortbestehenden Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien sprächen. Der Ausschuss habe den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, die Statusfrage des Kosovo rasch auf der Grundlage dieser Vorschläge zu regeln.

■ Simbabwe: Welle der Gewalt gegen Opposition muss aufhören

Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Michael Gahler (CDU), verurteilte in Brüssel die anhaltende Gewalt gegen Oppositionelle in Simbabwe aufs Schärfste. Nach den Übergriffen auf Oppositionsführer Tsvangirai von der Partei MDC wurde der MDC-Abgeordnete Nelson Chamisa in Harare brutal zusammengeschlagen. Chamisa befand sich auf dem Weg nach Brüssel zu Ausschusssitzungen der Parlamentarischen Versammlung der Afrikanischen, Pazifischen und Karibischen Staaten (AKP) mit Europaabgeordneten.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.